

Für ein Neues Normalarbeitsverhältnis

06. Dezember, Olof-Palme-Haus Hanau

Ulrike Eifler

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- Ich stimme allen Ausführungen von Bernd im Grundsatz zu, möchte aber für unsere gemeinsame Diskussion und in Ergänzung zu Bernds Ausführungen drei Thesen formulieren.
- Erste These:
- **Die Orientierung auf ein Neues Normalarbeitsverhältnis kann uns dabei helfen, den gesellschaftspolitischen Blick zu schärfen und ein geschärfter Blick ist die Grundvoraussetzung dafür, als Gewerkschaften wieder in die Offensive zu kommen.**
- Kolleginnen und Kollegen, ihr wisst, dass ich immer einfordere, die Dinge im Zusammenhang zu sehen.
- Die geplante Standortschließung bei Siemens in Offenbach, die Kämpfe um die Personalbemessung in den Krankenhäusern, die Nullrunde der Beamten und der Kampf der hessischen Lehrer um die A13-Besoldung, die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten durch die Kochregierung und die Tatsache, dass das durch die schwarz-grüne Landesregierung nicht rückgängig gemacht wird, der geplante Personalabbau bei Honeywell und degudent hier in Hanau und nicht zuletzt der Angriff der Arbeitgeber auf die 35-Stunden-Woche in der aktuellen Tarifaueinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie - all das sind mehrere Seiten derselben Medaille.

- Sie sind Ausdruck des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, der schärfer wird, der härter ausgetragen wird – und der zu unseren Lasten geht, wenn wir nicht dagegenhalten.
- Dazu gehört auch, dass Leiharbeit, Befristungen, unfreiwillige Teilzeit, Tarifflicht und auch Unionbusting dazu da sind, das unternehmerische Risiko vollständig auf die Beschäftigten abzuwälzen.
- Dazu gehört auch, dass die Absenkung des Rentenniveaus und die Einführung von Hartz IV die Verunsicherung und die Angst vor Arbeitslosigkeit massiv verschärft haben – DASS DADURCH Belegschaften erpressbarer und die Gegenwehr im Betrieb schwieriger geworden ist.
- Der Arbeitsmarkt ist inzwischen dermaßen dereguliert, dass die Beschäftigten in der Bundesrepublik pro Jahr 1,8 Milliarden Überstunden machen – das entspricht einem Jobvolumen von 600.000 Vollzeitstellen.
- Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie verdichtet muss die Arbeit mittlerweile sein, wenn in den Krankenhäusern, in den Kindergärten, in den öffentlichen Behörden und in den Fabriken für 600.000 Kolleginnen und Kollegen mitgearbeitet wird?
- Dieser Zustand ist nicht länger hinnehmbar, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Hälfte dieser Überstunden nicht mal bezahlt wird.
- Und ich setze noch einen drauf: Lassen wir uns nicht weiß machen, dass der Glyphosatminister Schmidt in der letzten Woche eigenmächtig und aus freien Stücken der Unbedenklichkeit des Pflanzenschutzmittels, das im Verdacht steht, krebserregend zu sein, zugestimmt hat.

- Er wäre völlig wahnsinnig, wenn er dies so kurz vor den so wichtigen Koalitionsgesprächen im Alleingang getan hätte – Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zustimmung von Schmidt war ein klares Signal an die Wirtschaft, dass die CDU auch in einer Koalition mit der SPD die Interessen der Kapitalfraktion schützen wird.
- Und dieses Signal war notwendig, weil die Vertreter der Wirtschaft Druck gemacht haben.
- Im Handelsblatt hat Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer letzte Woche ausdrücklich vor einer Großen Koalition um jeden Preis und einem neuen Staatsdirigismus in der Sozialpolitik gewarnt.
- Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir müssen wieder anfangen, unsere Hausaufgaben zu machen: Wenn die Arbeitgeberseite Druck macht und die Politik mit entsprechenden Entscheidungen darauf reagiert, dann heißt es doch auch für uns Gewerkschaften, dass es Druck braucht, um unsere Forderungen durchzusetzen.

- Was wir brauchen, ist eine Grundhaltung zu den aktuellen Entwicklungen.
- Wenn wir die neoliberale Politik in diesem Land verändern wollen, dann müssen wir auf die Widersprüche des Neoliberalismus hinweisen – denn weder ist die Ökonomie durch Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung und Sozialabbau stabiler, noch ist die soziale Situation der Menschen besser, die Gesellschaft gerechter, die Welt friedlicher oder die Umwelt gesünder geworden.
- Die neoliberalen Rezepte funktionieren nicht.
- An diesem Widerspruch muss gewerkschaftliche Kritik ansetzen.

- Lassen wir uns nicht einreden, man müsse die Dinge differenziert betrachten, nein, es bleibt dabei: die Dinge gehören zusammen und wir müssen sie auch im Zusammenhang stehend betrachten.
- Die Orientierung auf ein neues Normalarbeitsverhältnis ist der Versuch, die Dinge in einen Zusammenhang zu bringen, sie ist der Versuch, die Diskussion um Sozialstaat und Arbeitsbedingungen, die seit zwanzig Jahren neoliberal dominiert wird, vom Kopf auf die Füße zu stellen und die Dinge in den Vordergrund zu stellen, die aus Arbeitnehmersicht wichtig sind.

- Zweite These:
- **Die Orientierung auf ein neues Normalarbeitsverhältnis ist aus meiner Sicht zudem ein wichtiger Beitrag für die Diskussion um das Politische Mandat der Gewerkschaften.**
- Was hat es mit dem Politischen Mandat auf sich?
- Die Diskussion darüber reicht zurück bis weit in die Anfänge der Arbeiterbewegung.
- Dabei ging es im Kern immer um den Streit, ob die Gewerkschaften sich nur um die ökonomischen Fragen kümmern sollten und alle politischen Fragen an eine Partei übertragen, oder ob nicht beides zusammengehört.
- Rosa Luxemburg hat damals in der großen Massenstreikdebatte gesagt, dass eine Gewerkschaftsbewegung, die sich in ihrer täglichen Arbeit nur auf ökonomische Fragen beschränkt, zu einer Bewegung ohne Ziel wird.
- Sie hat deshalb immer stark dafür argumentiert, dass politische und ökonomische Fragen zusammengehören.

- Als Gewerkschaft das politische Mandat wahrzunehmen bedeutet, danach zu fragen, was politische Entscheidungen und Entwicklungen mit Arbeitnehmerinteressen zu tun haben und sich selbstbewusst und parteiunabhängig in die politische Debatte einzumischen.
- Das politische Mandat wahrzunehmen bedeutet, den Blick von der Betriebspolitik auf die Gesellschaftspolitik zu lenken.
- Es bedeutet, betriebspolitische Fragen gesellschaftspolitisch zu stellen.
- Rosa Luxemburg hat eine Gewerkschaftspolitik, die von Tarifrunde zu Tarifrunde reicht, aber nicht danach fragt, wie der grundsätzliche Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aufgelöst werden kann, als Sisyphusarbeit bezeichnet.
- Sie tat das nicht etwa, weil sie Gewerkschaftsarbeit geringgeschätzt hätte.
- Ganz im Gegenteil: Für Rosa Luxemburg war die Organisierung der Klasse immer eine zentrale politische und organisationspolitische Frage.
- Aus ihrer Sicht aber schwächt sich eine Gewerkschaftsbewegung, die sich ausschließlich auf Betriebs- und Tarifpolitik konzentriert und gesellschaftspolitische Fragen ausblendet.
- Ich finde, sie hatte Recht!
- Wenn beispielsweise im aktuellen Arbeitskampf der IG Metall eine Tarifierhöhung von 6 Prozent durchgesetzt wird, dann sind die doch relativ schnell durch die kommunalen Gebührenerhöhungen aufgeessen, weil es hier Kommunen gibt, die unter dem Druck von Schutzschirmpolitik und Schuldenbremse die Kitagebühren mal eben um 50 Prozent erhöhen.

- Und was nutzt uns eine durchgekämpfte Arbeitszeitverkürzung, wenn wir als Pendler im Stau stehen oder Stunden an zugigen Bahnhöfen verbringen, um auf die verspätete Bahn zu warten, weil weder in die Bahn noch in den öffentlichen Straßenbau investiert wird.
- Was nutzt es uns, wenn wir das Problem der Altersarmut versuchen über Betriebsrenten tarifvertraglich zu lösen und dabei ausblenden, dass sich die Frage der Altersarmut unter dem Druck der knappen öffentlichen Kassen noch einmal ganz anders stellt: Die Situation der alleinstehenden Rentnerin, die hier im Main-Kinzig-Kreis eine Durchschnittsrente von 520 Euro hat, verschärft sich unter dem Druck der kommunalen Kürzungen, wenn Mieten steigen, der ÖPNV teurer wird und Schwimmbäder privatisiert werden.
- Und dass selbst das Thema Innere Sicherheit etwas mit uns Gewerkschaften zu tun hat, wird deutlich, wenn man einen Blick nach Frankreich wirft: Dort hat Hollande nach dem Anschlag in Paris den Ausnahmezustand ausgerufen.
- Er hat Grundrechte eingeschränkt, die Befugnisse der Polizei ausgeweitet, Gesetze gedehnt – das alles hat den Anschlag von Nizza ein paar Monate später nicht verhindert – aber es hat Hollande die Möglichkeit gegeben, in der Auseinandersetzung um die Arbeitsmarktreform die große Gewerkschaftsdemonstration im Sommer 2016 zu verbieten.
- Lasst es mich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Ökonomische und politische Fragen gehören zusammen, sie können nicht getrennt voneinander gelöst werden.
- Und ich gehe noch einen Schritt weiter: Nur wenn wir tarifpolitische Auseinandersetzungen gesellschaftspolitisch führen, gelingt es uns, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verschieben.

- Das hat sich 1984 beim Kampf um die 35-Stundenwoche gezeigt.
- Das hat sich aber auch beim Kampf um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gezeigt, der ja zweimal geführt wurde, einmal 1956 und einmal 1997.
- Und vor vielen Jahren hat mal ein Kollege zu mir gesagt: Der Kampf um die 35-Stunden-Woche ist nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von der Friedensbewegung erkämpft worden, weil es Bewegung und Druck im Land gab, weil es selbstverständlich war, sich einzumischen.
- Die Erfahrungen mit der rot-grünen Bundesregierung, die wie keine andere Regierung zuvor zu einer Deregulierung des Arbeitsmarktes und Demontage des Sozialstaates beigetragen hat, wirken in unserer Gewerkschaftsbewegung bis heute negativ nach.
- Dass es ausgerechnet eine Regierung war, die durch den Rückenwind der Gewerkschaften und mit einem enormen Vertrauensvorschuss der Beschäftigten, zustande kam, lähmt uns bis heute.
- Die Konsequenz, die wir daraus ziehen müssen, ist das selbstbewusste Eintreten für die Interessen der Beschäftigten.
- Nie wieder dürfen politische Fragestellungen an eine Partei – egal ob SPD, Grüne oder Linkspartei – delegiert werden, sondern es ist unsere Aufgabe, betriebpolitische Fragen gesellschaftspolitisch zu stellen.
- Es ist unsere Aufgabe, den Parteien im Parlament Druck zu machen.
- An dieser Stelle erzähle ich immer gern von den Erfahrungen mit Koch im Jahre 2008, als es für einen Moment eine rot-rot-grüne Mehrheit im hessischen Landtag gab und SPD, Grüne und LINKE Sondierungsgespräche miteinander geführt haben.

- Tarek Al-Wazir hat in diesen Gesprächen gesagt, die Abschaffung der Studiengebühren könne man sich aus haushaltspolitischen Gründen nicht leisten, aber die Studiengebühren nicht abzuschaffen, könne man sich wegen des Drucks der Studierendenbewegung ebenso wenig leisten.
- Kolleginnen und Kollegen, es waren nicht SPD, Grüne und LINKE, die die Studiengebühren abgeschafft haben.
- Es waren die Studierenden, die Schülerinnen und Schüler, die Elternvertreter, die Gewerkschaften, die damals durch den Druck auf der Straße dazu beigetragen haben, dass die Frage der Studiengebühren zu einer zentralen politischen Frage des Landes wurde und sich die Parteien dazu verhalten mussten.

- Darum muss im Kern es gehen, und deshalb ist die Wahrnehmung des politischen Mandats so wichtig.
- Dabei müssen wir verstehen: Das Politische Mandat ist mehr als nur Beschlusslage.
- Es ist nichts, was uns - einmal angeeignet - immer gehört.
- Das politische Mandat muss täglich neu wahrgenommen werden, denn es bedeutet, sich täglich neu einzumischen in die politischen Auseinandersetzungen und – konsequent zu Ende gedacht – bedeutet das, dass wir unsere Gewerkschaftsbewegung damit neu ausrichten.

- Zum politischen Mandat der Gewerkschaften gehört für mich aber auch, eine Vision davon zu haben, wo wir hin wollen.
- Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, wie es euch geht, aber ich bin es langsam leid, dass wir nach 150 Jahren Gewerkschaftsgeschichte noch immer die Frage von Frieden und der sozialer Gerechtigkeit jeden Tag auf Neue durchkämpfen müssen.

- Ich bin es leid, in einer Gesellschaft zu leben, in der Raubbau an den Lebensentwürfen und Lebenswünschen von Kindern und Jugendlichen betrieben wird, die aus armen Verhältnissen kommen, alte Menschen frieren, weil sie sich die Heizkosten nicht leisten können und Sozialabbau betrieben wird, um das Geld in Rüstung und Kriegseinsätze zu stecken.
- Ich möchte NICHT in einer Gesellschaft leben, in der Kinderarmut oder Krieg die Regel sind.
- Ich möchte auch nicht in einer Gesellschaft leben, in der sie die Ausnahme sind.
- Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der all das ein Skandal ist und in der Kräfte mobilisiert werden, um an diesem Zustand etwas zu ändern.

- Dritte These:
- **Ich verstehe die Diskussion um das neue Normalarbeitsverhältnis als einen Beitrag für einen politischen Erneuerungsprozess der Gewerkschaften, bei dem es um mehr als um Parteipolitik geht – ganz im Gegenteil: ich verstehe die Diskussion als ein Angebot an die Einheitsgewerkschaft.**
- Ihr wisst, dass die Gewerkschaften sich nach dem Krieg auf dem Boden der Einheit formierten – eine Gewerkschaft für alle, unabhängig von Branchenzugehörigkeit, konfessioneller Orientierung oder parteipolitischer Präferenz.
- Eine für alle, weil es die Einheit ist, die uns stärkt.

- Und es gehört zu den schmerzlichsten Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung, dass der Faschismus an die Macht kam, weil wir in einer Zeit der schärfsten Angriffe, den wütenden Blick der Kollegen nicht nach oben, sondern in die eigenen Reihen lenkten, dass wir uneinig, zerstritten, zersplittert und handlungsunfähig waren.
- Aber zu Wahrheit gehört auch: Einheit ist kein Selbstzweck, sondern lediglich die Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit.
- Die Niederlage der Arbeiterbewegung war vor allem eine **kampflose** Niederlage.
- Und deshalb sage ich: Die Formierung der Einheitsgewerkschaft muss durch einheitliches Handeln ergänzt werden und dazu sind die gemeinsame politische Debatte, der konstruktiven Streit, das Ringen um Einschätzungen und der Austausch über die richtige politische Strategie notwendig.
- Liebe Kolleginnen und Kollegen, so notwendig ich es finde, Gewerkschaftsarbeit nicht geschichtslos zu betreiben, so sehr bin ich der Meinung, dass wir die Notwendigkeit für die Einheit heute nicht mehr allein aus dem historischen Versagen der Arbeiterbewegung begründen können.
- Wer heute auf den Zustand unserer Arbeiterbewegung blickt, der wird erkennen, dass wir es mit einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen zu tun haben, die als Angestellte, Industriearbeiter, Leiharbeiter, Crowd-worker, prekär Beschäftigte ganz unterschiedliche Erfahrungen machen und ganz unterschiedliche Interessen entwickeln.
- Wenn wir heute von der Notwendigkeit der Einheit sprechen, dann müssen wir uns also mit eben diesem Zustand der Zersplitterung auseinandersetzen und Wege finden, die Beschäftigten zusammenzuführen.

- Diesen Zustand der Zersplitterung in einzelne Individuen, jedes zurückgeworfen auf die eigenen unmittelbaren Existenzprobleme, aufzuheben, macht aus meiner Sicht drei Dinge erforderlich.
- Es braucht **erstens** einen starken Dachverband, dessen Politik mehr sein muss als die des kleinsten gemeinsamen Nenners seiner acht Mitglieder.
- Es braucht **zweitens** eine klare politische Lageeinschätzung – meiner Meinung nach unternimmt die Diskussion um das Neue Normalarbeitsverhältnis den Versuch, zusammenzuführen, die unterschiedlichen Probleme der unterschiedlichen Arbeitnehmergruppen mit dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu umklammern.
- Und es braucht **drittens** das gemeinsame Handeln, die gemeinsame politische Bewegung, die uns spüren lässt, dass wir trotz aller Zersplitterung in der zentralen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit auf ein und derselben Seite stehen.

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Orientierung auf das neue Normalarbeitsverhältnis wirft Machtfragen auf – wenn wir die wirklich stellen und für uns entscheiden wollen, dann müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir uns mit den Herrschenden, den Mächtigen und den Reichen dieser Republik anlegen, dann braucht es dazu Einigkeit, Entschlossenheit, ein heißes Herz, einen kühlen Kopf und einen klaren Blick.
- Und wenn uns dabei der Wind ins Gesicht bläst, dann heißt das, dass es schwerer wird, dann heißt es aber auch, dass Dinge in Bewegung geraten, die wir in die richtige Richtung wenden können.
- Ich finde, wir haben keinen Grund zu klagen – wir leben in bewegten und interessanten Zeiten, die mittelfristig auf Entscheidungen drängen.
- Lasst uns nicht träge daneben stehen, sondern das gemeinsam anpacken und lasst uns dies entschlossen und streitbar tun.

- Die Orientierung auf das Neue Normalarbeitsverhältnis kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn wir verstehen, dass sie mehr ist als Parteipolitik und wenn wir es schaffen, daraus eine fundierte strategische gewerkschaftspolitische Debatte zu machen.